



# War in Ukraine enormously increases risks for vehicle logistics

[Home](#)

[News](#)

War in Ukraine enormously increases risks for vehicle logistics

*War in Ukraine increases risks for vehicle logistics enormously VerkehrsRundschau*



Published : **a week ago** by in

Munich. In this blog, we summarize the most important reports about the situation in Ukraine that affect the transport and logistics industry:

>> VR Express: Now the most important news directly on your mobile phone. <<

Rimpar. Imagine you are a truck driver and you are on your way to Ukraine with a full load or you have to pass the country on your tour to Asia. Or put yourself in the position



The escalated situation not only terrifies the population, but also blocks trade routes from Western and Central Europe to the East. To ensure that the truck cargo space and driver that are urgently needed for the processing of further orders are available again as quickly as possible, all economic stakeholders are urgently looking for strategically favorable storage areas for the blocked transport goods. Arnold Schwerlast also wants to help: With his good contacts in Eastern European countries, Managing Director Oliver Arnold would like to help German industry and would be happy to arrange storage options in various Eastern European countries, such as Poland and Slovakia.

In der Nähe der polnischen Städte Włocławek und Płock an der Weichsel stehen zum Beispiel Außenlagerflächen von zusammen 13.000 qm zur Verfügung. Ausgestattet mit einem eigenen Fuhrpark, Gabelstaplern und einem Laufkran bieten die Lagerplätze ausgezeichnete Möglichkeiten zur temporären oder dauernden Lagerung.

Großflächige Möglichkeiten gibt es auch in der Slowakei. Ein bestens an das Straßen- und Schienennetz angebundenes Areal nahe der Hauptstadt Bratislava verfügt über freie Lagerkapazitäten von insgesamt 12.000 qm in überdachten und teilweise beheizten Lagerhallen sowie eine Außenlagerfläche von 55.000 qm. Interessierte Unternehmen können hier Kontakt aufnehmen. (ste)

Die Engpässe bei der Versorgung mit Halbleitern und weiteren Pkw-Komponenten, die wachsende Inflation und nun auch die rasant steigenden Kraftstoffpreise strapazieren Produktionsprozesse, bringen sie zum Teil sogar zum Erliegen.

Brüssel. Eine Krise jagt die nächste. - Die ECG und die von ihr vertretene Branche der europäischen Fertigfahrzeuglogistik steht uneingeschränkt an der Seite der Ukraine und den von diesem Krieg betroffenen Menschen. In der Fertigfahrzeuglogistik sind sehr wahrscheinlich mehr ukrainische Bürger und Bürgerinnen beschäftigt als in den meisten anderen Industriezweigen des Kontinents. Die ECG sammelt aus diesem Grund Spenden, um jene Mitglieder ihres Verbunds zu unterstützen, die sich sehr aktiv bei der Bekämpfung einer sich dramatisch verschärfenden humanitären Krise engagieren.

Gleichzeitig ist der Sektor durch viele Entwicklungen mit äußerst schwerwiegenden Herausforderungen bei der Umsetzung seiner täglichen Arbeit konfrontiert, denen es zu begegnen, sie im Idealfall abzumildern gilt. Die aktuellen Ereignisse werden so für ein drittes Krisenjahr in Folge verantwortlich zeichnen, nachdem zunächst die COVID-Pandemie und dann der Halbleitermangel die Abläufe massiv beeinträchtigt haben.



hohem Maße von der Ukraine abhängig. Am deutlichsten betroffen und mit den größten Auswirkungen versehen ist die ausfallende Zulieferung sogenannter Kabelbäume. Diese wurden dort bisher für die Branche in großer Stückzahl von vielen Arbeitskräften hergestellt. Eine Produktionsverlagerung ist weder leicht noch kurzfristig umzusetzen. Infolge des Krieges mussten bereits ganze Fabriken schließen. Wann sie wieder öffnen können, ist in Anbetracht der andauernden Kampfhandlungen nicht vorhersehbar – eher wird in Monaten denn in Wochen gedacht, wenn überhaupt.

Bereits vor Beginn des Ukraine-Krieges hatte die Branche mit der steigenden Inflation zu kämpfen. Die aktuell stetig steigenden Energie- und Rohstoffpreise verschärfen das Problem. Nicht zuletzt die stark schwankenden und rekordverdächtig hohen Energiepreise belasten die Branche massiv. Die häufig angewendeten Treibstoff- und Bunkerkláuseln können diese Entwicklungen nicht mehr abfangen und die Flottenbetreiber entlasten, wie es ihre Aufgabe wäre. Innerhalb von sechs Monaten hat sich der Preis für Schiffstreibstoff verdoppelt. Pro Tag wird mit Mehrkosten von 25.000 Dollar gerechnet. Folge: Vielerorts, zum Beispiel im fragmentierten Transportmarkt Italiens, wird die Arbeit eingestellt, weil sich der Mitteleinsatz nicht mehr rentiert und sich Vertragspartner auf „höhere Gewalt“ berufen. So blockieren sie Verhandlungen über denkbare Kompromisslösungen.

Die steigenden Treibstoffkosten sind dabei das vor allem in der Öffentlichkeit am stärksten diskutierte Problem. Doch auch der enorme Anstieg der Rohstoffkosten wirkt sich bereits auf die Preise von Verkehrsträgern, seien es Schiffe, Bahnwaggons oder Autotransporter sowie andere Assets aus. Die Inflation lässt zudem allgemein die Löhne steigen. So ergeben diese aus verschiedenen Richtungen kommenden Faktoren eine Gemengelage, in der Transportunternehmen ebenso wie ihre Auftraggeber mit Preisschüben in bislang nicht bekanntem Ausmaß konfrontiert sind. (ste)

### Duisburger Hafen zieht sich aus Belarus zurück

Die Duisburger Hafen AG zieht sich mit sofortiger Wirkung aus sämtlichen geschäftlichen Aktivitäten in Belarus zurück. Diese Entscheidung sei vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und der Unterstützung durch Belarus in enger Abstimmung zwischen Vorstand, Aufsichtsrat und Gesellschaftern getroffen worden, teilte das Unternehmen am Freitag mit.

Duisport wird sich demnach sowohl von der Minderheitsbeteiligung (0,59 Prozent) an der internationalen Entwicklungsgesellschaft des Industrie- und Logistikparks Great



In der Ukraine und Russland ist der Duisburger Hafen weder geschäftlich aktiv, noch hat er etwaige Beteiligungen. (mh)

## Protest gegen Lkw-Verkehr an polnischer Grenze zu Belarus

Warschau/Koroszczyn. Eine Gruppe von Demonstranten hat am Samstag am polnischen Grenzübergang Koroszczyn die Weiterfahrt von Lastwagen mit russischen und belarussischen Nummernschildern nach Belarus blockiert. Wie der Nachrichtensender „TVN24“ berichtete, bildete sich ein Stau von etwa zehn Kilometern Länge. Die Teilnehmer des Protests trugen teilweise ukrainische Flaggen. „Der Krieg interessiert uns nicht, wir wollen einfach weiter“, sagte einer der betroffenen Fernfahrer.

Auch vor der Warschauer Regierungskanzlei forderte am Samstag eine Gruppe von Demonstranten die Schließung der Grenzen für Lastwagen aus Russland und Belarus.

Der polnische Regierungssprecher Piotr Müller sagte am Samstag, es gebe auf EU-Ebene keine Einigkeit über eine Begrenzung des Warenverkehrs nach Russland mit Lastwagen. Polen suche nach rechtlichen Möglichkeiten, um diesen Warenfluss zu begrenzen, zitierte ihn die polnische Nachrichtenagentur PAP. Gleichzeitig betonte er, Lastwagen, die in der EU ankommen oder über Polen unterwegs nach Russland seien, würden kontrolliert, um zu verhindern, dass gegen die Sanktionen verstoßen werde. (dpa)

Paris/Dublin. Die irische Regierung will Lastwagenfahrern vorübergehend 100 Euro pro Woche zahlen, um sie angesichts der stark gestiegenen Spritpreise zu unterstützen. Man erkenne damit die Rolle der Betriebe an, „das Land am Laufen zu halten“, sagte der irische Verkehrsminister Eamon Ryan am Freitag nach einem Bericht der „Irish Times“. Die Maßnahme soll zunächst für acht Wochen gelten und danach überprüft werden. Man wolle den rund 20 000 Fahrern der Branche angesichts der „außergewöhnlichen Umstände“ helfen, die der Krieg in der Ukraine ausgelöst habe, hieß es. Vor wenigen Tagen hatte die irische Regierung bereits angekündigt, Steuern auf Benzin und Diesel senken zu wollen. Die Steuer bei Benzin soll um 20 Cent sinken, bei Diesel um 15 Cent. Die Maßnahme soll bis 31. August gelten.

In Frankreich derweil will die Regierung angesichts enorm hoher Spritpreise einen Nachlass in Höhe von 15 Cent pro Liter gewähren. Die Vergünstigung solle ab April für vier Monate gelten, kündigte Premierminister Jean Castex am Samstagabend auf Twitter an. Im Interview der französischen Zeitung „Le Parisien“ sagte Castex, dass der



der Schritt den Staat etwa zwei Milliarden Euro kosten. Die Verkäufer würden für den Nachlass entschädigt. Castex forderte Ölkonzerne und Vertreiber auf, eine zusätzliche Geste zu tätigen und so eine weitere Reduktion der Preise für Verbraucher zu ermöglichen. (dpa/mh)

**Topics:** Ukraine, Russia-Ukraine War

[Read at original source](#)